



Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) diskutieren wöchentlich aktuelle Fragen.
Quelle: Nik Egger/ad

Links vs. Rechts

Wie steht es um die Liegenschaftspolitik der Stadt Biel?

Betreibt die Stadt eine vorausschauende Bodenpolitik oder herrscht operative Blindheit? Oriana Pardini und Mathias Müller sind dezidiert unterschiedlicher Meinung.

Oriana Pardini (SP) | Mathias Müller (SVP)
Publiziert: 04.05.2026, 06:00 Uhr

Oriana Pardini: «Biel hat über Jahrzehnte eine vorausschauende Bodenpolitik betrieben.»

Biel besitzt Liegenschaften, das haben wir ausführlich lesen können. Der grösste Teil davon gehört zum Verwaltungsvermögen: Schulhäuser, Sportanlagen, Werkhöfe, Verwaltungsgebäude und weitere

öffentliche Infrastrukturen. Ein kleinerer Teil liegt im Finanzvermögen und dient der aktiven Immobilien- und Bodenpolitik der Stadt.

Denn der Bieler Immobilienmarkt ist klar geprägt von privatem Eigentum. Rund 85 Prozent der Immobilien befinden sich in privater Hand. Lediglich etwa 15 Prozent gehören Genossenschaften oder der öffentlichen Hand und entziehen sich damit der reinen Renditelogik und Spekulation. Genau dieser Anteil ist entscheidend, wenn es darum geht, bezahlbaren Wohnraum langfristig zu sichern.

Biel hat über Jahrzehnte eine vorausschauende Bodenpolitik betrieben. Die Stadt besitzt vielerorts den Boden und vergibt ihn im Baurecht. Dadurch kann sie bei neuen Quartieren mitbestimmen und die Stadtentwicklung aktiv gestalten, statt sie allein dem Markt zu überlassen. Boden ist nicht einfach Ware, sondern ein politisches Instrument.

Wer Land besitzt, kann gemeinnützigen Wohnungsbau fördern, ökologische Standards setzen, nachhaltige Quartiere entwickeln und die Verdichtung gezielt steuern. Deshalb braucht Biel eine langfristige Strategie für sein Immobilienportfolio. Nicht einzelne Gebäude sollen im Fokus stehen, sondern eine klare Gesamtperspektive für die Stadtentwicklung.

Mit dem Entscheid der Bieler Bevölkerung, die Überbauung Gurzelen zu realisieren, eröffnet sich damit eine grosse Gelegenheit, gute und bezahlbare Wohnungen zu realisieren. Verbunden mit dem Ziel, den Anteil des nicht renditeorientierten Wohnraums bis 2035 auf 20 Prozent zu erhöhen, eröffnet sich eine grosse Chance. Biel kann zeigen, wie soziale, ökologische und städtebauliche Ziele gemeinsam umgesetzt werden.

Der rote Faden sollte klar sein. Eine intelligente Boden- und Wohnbaupolitik, die gemeinnützigen Wohnungsbau stärkt, hochwertigen Wohnraum schafft und die Stadtentwicklung nachhaltig vorantreibt.

Mathias Müller: «Kein privater Eigentümer könnte sich eine solche operative Blindheit leisten.»

Stellen Sie sich vor, Sie führen ein Unternehmen und wissen nicht einmal, welche Maschinen in Ihrer Werkhalle stehen. Unvorstellbar? In der öffentlichen Verwaltung ist das kein Albtraum, sondern oft gelebter Alltag. Die Stadt Biel ist eine der mächtigsten Immobilienbesitzerinnen der Region – doch sie agierte über Jahrzehnte wie ein zerstreuter Sammler, der den Überblick im eigenen Estrich verloren hat.

Acht Abteilungen, ein Wirrwarr aus Systemen, die ewige Excel-Tabelle als Höchstes der Gefühle. Es fehlte nicht an Wissen, sondern am Willen. Nun investiert man zwei Millionen Franken, um endlich das zu tun, was im privaten Sektor seit der Jahrtausendwende Standard ist. Der Vorwurf ist klar: Nicht das Investment ist das Problem. Sondern die zwei Jahrzehnte mit Abwarten, Vertagen, Aussitzen davor.

Kein privater Eigentümer könnte sich eine solche operative Blindheit leisten, ohne bankrotzugehen.

Und genau hier liegt die Ironie: Dieselbe Stadt, die jeden Quadratmeter öffentlichen Raums mit bürokratischem Eifer reguliert – Parkplätze streicht, Velorouten erzwingt, dem Gewerbe immer engere Fesseln anlegt – bringt Ordnung im eigenen Haus nicht zustande. Wer anderen vorschreiben will, wie sie ihren Raum zu nutzen haben, sollte zumindest die eigenen Dossiers im Griff haben.

Das Problem ist systemisch. Wo Politik die Wirtschaftlichkeit verdrängt und Verantwortung in Kommissionen diffundiert, bleibt Eigentümerdisziplin auf der Strecke. Analyse, Entscheid, Umsetzung – das ist das ABC jedes Unternehmers. In Biel hiess das Alphabet bisher: Abwarten, vertagen, aussitzen.

Und das wirft eine Frage auf, die unbequemer ist als jede IT-Lösung: Was gehört überhaupt in staatliche Hand – und was nicht? Wohnraum wird nicht durch Verwaltung günstiger. Sondern durch Angebot.

Die Rechnung zahlen am Ende nicht Excel-Tabellen und nicht die Bürokratie. Sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – für ein Erwachen, das längst hätte stattfinden müssen.

Wer hat recht?

Oriana Pardini

31%

Mathias Müller

56%

Beide

6%

Niemand

8%

52 Abstimmungen

Stand. 5. Mai 2026 / 10:09

Jeden Montag erscheint die Kolumne «Pardini vs. Müller», worin die SP-Grossrätin und der SVP-Grossrat jeweils eine Frage zu einem aktuellen Thema beantworten.

Mathias Müller (SVP) hat Jahrgang 1970 und lebt in Orvin; er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und Vizepräsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Müller ist Berufsoffizier und Psychologe.

Oriana Pardini (SP) hat Jahrgang 1998 und lebt in Lyss; sie Grossrätin seit 2024 und aktuell Präsidentin des Grossen Gemeinderats Lyss. Pardini ist Masterstudentin Rechtswissenschaften.

Hier noch der Link für alle, welche ein Abo haben: <https://ajour.ch/de/story/673705/wie-steht-es-um-die-liegenschaftspolitik-der-stadt-biel->

Keine Kommentare